


## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE INSTRUMENTE ZUR KRISENBEWÄLTIGUNG


# Auf den Prüfstand gestellt!

In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stellt sich die Frage nach Notwendigkeit und Grenzen staatlicher Aktivitäten in der Wirtschaft. Die IHK-Organisation plädiert für die Einhaltung klarer ordnungspolitischer Grundsätze. Zur besseren Orientierung in der Krise prüft und bewertet sie für die Unternehmen aktuelle wirtschaftspolitische Fragen.

### Konsolidierung nach der Krise wieder aufnehmen!

Staatliche Rettungsschirme und Konjunkturprogramme helfen der Wirtschaft, die Krise zu überwinden. Anschließend muss sich der Staat aber wieder zurückziehen und die hohe Neuverschuldung reduzieren. Unverzichtbar ist ein transparenter Konsolidierungsplan, der notwendige Ausgaben des Staates mit den laufenden Einnahmen in Deckung bringt. Nur so lässt sich die Last offener und verdeckter Schulden auf ein tragbares Maß zurückführen und schon heute Vertrauen in die zukünftige Handlungsfähigkeit des deutschen Staates zurückgewinnen. IHK-Wertung: 


### Renationalisierung der Finanzmärkte verhindern!

Angesichts der internationalen Verflechtungen der Finanzinstitute ist zu prüfen, ob die Rettungsschirme für Banken und für Unternehmen international, aber zumindest europäisch abgestimmt werden müssen. Ansonsten drohen ein innereuropäischer Subventionswettlauf und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten von Banken bzw. Unternehmen der Realwirtschaft, weil möglicherweise nicht wettbewerbsfähige Unternehmen bzw. Kreditinstitute durch nationale staatliche Maßnahmen geschützt am Leben erhalten bleiben. IHK-Wertung: 


### Den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken!

Die Finanzmarktkrise engt die finanziellen Spielräume der EU-Mitgliedsländer ein – teilweise bis an die Grenze der Zahlungsfähigkeit. Die EU kann daher allenfalls Nothilfen geben. Hilfen müssen jedoch – wie beim Internationalen Währungsfonds (IWF) – immer an konkrete Stabilitätsbedingungen geknüpft sein. Eine Gesamthaftung im Rahmen einer hier und da diskutierten „Euro-Anleihe“ darf es nicht geben. Denn dies würde den Druck auf die Mitgliedsstaaten schmälern, ihre eignen Haushalte zu konsolidieren. IHK-Wertung: 


### Keine Ampelkennzeichnung für Finanzprodukte einführen!

Finanzprodukte leiden derzeit unter einem Vertrauensverlust. Anlagen sind jedoch stets nicht nur mit Chancen versehen, sondern auch mit Unsicherheiten behaftet. Dies lässt sich durch eine Ampelkennzeichnung (rot=riskoreich, grün=sicher) für Finanzdienstleistungsprodukte nicht verhindern. Eine derartige Kennzeichnung würde vielmehr der Komplexität der Produkte nicht gerecht, bevormundet die Verbraucher und kann sie sogar in die Irre führen, indem sie vermeintliche Sicherheit signalisiert. Auch die Verbraucher stehen in der Verantwortung, sich über Risiken zu informieren. IHK-Wertung: 

### Den Finanzmarkt mit Augenmaß regulieren!

Finanzmärkte sind bereits heute hochregulierte Märkte. Regulierungen können mehr Transparenz schaffen, gleichzeitig schränken sie aber auch Geschäftsoptionen ein und erhöhen die Finanzierungskosten für Unternehmen. Es muss deshalb genau geprüft werden, wo Nachbesserungen nötig sind. Mit Basel II gibt es ja bereits ein internationales Regelwerk. Um bestehende Regulierungsunterschiede zwischen den Ländern einzudämmen, muss Basel II nun weltweit umgesetzt werden. Dabei sollten Krisenbeschleuniger, die die Kreditversorgung von Unternehmen beeinträchtigen, abgebaut werden. Eine Möglichkeit wären Kapitalpuffer, die die Banken in guten Zeiten bei der Zentralbank aufbauen müssten und in schlechten Zeiten für die Kreditversorgung nutzen könnten. IHK-Wertung: 

### Früherkennung von Finanzkrisen verbessern!

Die expansive Kreditvergabe und die Konzentration von Risiken bei einigen Finanzinstituten ist zu spät erkannt worden – weder von den Bankenaufsichten noch von den Notenbanken. Ein weltweites Kreditregister könnte hier mehr Transparenz schaffen, um gesamtwirtschaftliche Risiken und Bankenpleiten frühzeitig zu erkennen. IHK-Wertung: 

## Keine staatliche Beteiligung an Unternehmen der Realwirtschaft!

Der Staat ist überfordert, wenn er sich die Lösung von betriebswirtschaftlichen Problemen einzelner Unternehmen aufbürdet. Er ist nicht der bessere Unternehmer. Allenfalls darf der Staat bei guten Sanierungskonzepten im Rahmen des bewährten Bürgschaftssystems helfen, um den Einstieg privater Investoren und den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. IHK-Wertung: 👍

## Steueroasen bekämpfen!

Steueroasen leisten der Steuerhinterziehung Vorschub, zum Beispiel durch mangelnden Informationsaustausch oder das Anlocken von „Schwarzgeld“. Zielführend sind international abgestimmte Maßnahmen, die den normalen grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr nicht behindern. Steueroasen sind aber nicht zu verwechseln mit Ländern, die ihre Standortattraktivität durch niedrige Steuersätze erhöhen. IHK-Wertung: 👍

## Keine Überregulierung bei Managergehältern!

Für Vergütung und Haftung bestehen heute schon verbindliche Regelungen. Ein am nachhaltigen und langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichtetes Entgelt ist grundsätzlich sinnvoll, die Entscheidung darüber sollte im Einzelnen aber dem Unternehmen überlassen bleiben. Denn: Für gesetzliche Einheitsregelungen ist die Situation in den Unternehmen zu unterschiedlich. IHK-Wertung: 👍

## Richtig: der Rettungsschirm für Banken

Der Staat steht vor einem Dilemma: Stabilisiert er Banken mit volkswirtschaftlicher Relevanz nicht, drohen erhebliche und kaum abschätzbare Schäden für den Finanzmarkt und damit für alle Unternehmen. Allerdings darf das hohe Gut der Finanzmarktstabilität nicht per se als Rechtfertigung für staatliche Eingriffe oder gar einer Verstaatlichung von Ban-

ken dienen. Die Probleme der Banken sind mit dem Rettungsschirm aber noch nicht gelöst, denn sie sehen sich nach wie vor einem hohen Abschreibungsbedarf gegenüber. IHK-Wertung: 👍

## Bad Bank: Es kommt auf die Ausgestaltung an!

Zunächst ist zu prüfen, ob die Banken eine eigene Bad Bank – Ausgliederung vergifteter Wertpapiere in eine bankeigene Gesellschaft – selbst schultern können. Ist dies nicht der Fall, kommt demnach eine zentrale „Bad Bank“, bei der der Staat die Papiere zur Gänze übernimmt, nicht in Frage. Denn dies würde die Banken aus der Haftung entlassen und damit falsche Anreize setzen. Es bestünde die Gefahr, dass dem Staat in hohem Umfang Papiere zu einem überhöhten Preis übertragen würden. Dezentrale Lösungen (jede Bank oder Institutsgruppe gründet eine eigene Bad Bank) mit staatlicher Beteiligung schaffen Transparenz und belassen den Instituten einen Anreiz, die Papiere je nach Vergiftungsgrad adäquat zu bewerten. Auch eine Versicherungslösung, bei dem die toxischen Papiere bei den Banken verbleiben, der Staat diese mit Garantien unter einem Selbstbehalt der Banken absichert, ist denkbar. Wichtig ist vor allem eine europaweite Koordinierung der Maßnahmen. IHK-Wertung: 👍

## Ertragskraft stärken – Unternehmensteuerreform und Mautregelung nachbessern!

Der Staat will einerseits mit Förderkrediten und Garantien die Kreditvergabe am Laufen halten. Gleichzeitig reduziert er aber selbst die Eigenfinanzierungskraft der Betriebe. Denn die Unternehmensteuerreform 2008 belastet mit der Zins-schranke, der Beschränkung der Verlustrechnung, Einschränkung des Mantelkaufs und der gewerbesteuerlichen Zurechnung von Mieten, Pachten und Zinsen das Eigenkapital und verschärft so die Krise für viele Unternehmen. Gleiches gilt mit der Mauterhöhung für die Betrie-

be des Verkehrsgewerbes. Bei beidem muss dauerhaft gegengesteuert werden. IHK-Wertung: 👍

## Erbschaftsteuer verschärft die Krise!

Schwächen der Erbschaftsteuer werden in der Krise schonungslos aufgedeckt. Die neue Erbschaftsteuer ist erst seit Jahresbeginn in Kraft, schon wird die betriebswirtschaftlich weltfremde Ausgestaltung der Verschonungsregelungen deutlich. Unternehmen, die in der Krise Mitarbeiter abbauen müssen bzw. auf neue Investoren angewiesen sind, werden jetzt bestraft. Die Erbschaftsteuer muss daher dringend auf den Prüfstand. IHK-Wertung: 👎

## Wichtig: Protektionismus verhindern!

Deutschland ist als Exportnation auf offene Märkte angewiesen. Viele Arbeitsplätze hängen vom Erfolg der Unternehmen auf den Weltmärkten ab. Eine Abschottung würde die Krise verschärfen und vor allem den deutschen Mittelstand hart treffen. Stabilisierungsmaßnahmen müssen deshalb weltweit koordiniert und Protektionismus muss eine klare Absage erteilt werden. Die beste Medizin gegen die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein erfolgreicher Abschluss der stockenden WTO-Verhandlungsrunde mit einem Abbau bestehender tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse. IHK-Wertung: 👍

### IHRE MEINUNG ÜBER DIE RUHRWIRTSCHAFT IST UNS WICHTIG!

IHK zu Dortmund  
Märkische Str. 120  
44141 Dortmund  
Tel.: 0231 5417-258 oder  
0231 5417-257  
Fax: 0231 5417-195  
ruhrwirtschaft@dortmund.ihk.de

# Krise – auf die neue Art

Es ist, als seien die normalen Gesetze, nach denen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft funktionieren, seit dem 15. September 2008 außer Kraft. An diesem Tag meldete die Investmentbank Lehman Brothers Konkurs an. Seitdem wissen wir, dass Deutschland der Krise nicht entkommt.

Es gibt schon merkwürdige Reaktionen auf diese Erkenntnis. Die Engländer sind angeblich derzeit wild entschlossen, ehrliche Berufe zu erlernen und lassen sich von Bankern und Brokern zu Lehrern und Handwerkern umschulen. Die Amerikaner ziehen in kleinere Wohnungen und Häuser um. Und die Deutschen investieren neuerdings mit Vorliebe in Wintergärten, um das Ersparte von der Bank wegzuholen und die eigene Immobilie nachhaltig aufzuwerten.

Wenn das so stimmt, sind die Engländer zweifellos die besten Strategen. Die Amerikaner handeln am pragmatischsten. Und die Deutschen haben am geschicktesten begriffen, wie man ein Konjunkturprogramm mit klugen Investitionen verknüpft.

## Mit dem Gartenschlauch löschen

Und doch wird den Deutschen vorgeworfen, sie unterschätzten die Krise immer noch. Sie bemühen sich zwar, möglichst viele Ziele mit ihrem Geld zu erreichen, doch die Anschaffung eines Wintergartens zur Sicherung des Vermögens in ernsten Zeiten gleicht dem Bemühen, ein Großfeuer mit dem Gartenschlauch zu bekämpfen. Auch zwischenzeitlich gute Nachrichten können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Auswirkungen der Rezession für die Wirtschaft, für die öffentlichen Haushalte und für die Lage auf dem Arbeitsmarkt haben gerade erst begonnen. Wenn die Arbeitslosigkeit in einem März steigt, ist das zutiefst beunruhigend. Es zeigt nämlich, dass die Krise jetzt auch deutlich auf die Beschäfti-

gungssituation durchschlägt.

Und doch hat man den Eindruck, dass bei den meisten Bürgern die Krise bisher nur in Form der Abwrackprämie und ein bisschen Angst um den eigenen Job angekommen ist. Unternehmer in weniger stark betroffenen Branchen ärgern sich über das Krisengerede. Manche glauben sogar, dass die Krise herbeigeredet werde. Ein Bewusstsein für die Lage hat sich noch nicht gebildet, genau so wenig wie es eine Vorstellung gibt, wie das Land mit den aufziehenden Verteilungskonflikten zurande kommen will, oder wie es die jetzt aufgehäuften Schulden begleichen will.

Was wissen wir von dieser Wirtschaftskrise? Um vier bis sechs Prozent wird die Gesamtleistung der deutschen Volkswirtschaft in diesem Jahr schrumpfen. Mehr als einen allgemeinen Rahmen aber kann kein Volkswirt seriös skizzieren. Bei Wachstumseinbrüchen in dieser Dimension versagen alle Parameter. Wir wissen also noch nicht einmal annäherungsweise, wie viele Arbeitslose wir zum Jahresende haben werden, wie viele es im kommenden Jahr sein können. Über vier Millionen 2009? Über fünf Millionen Erwerbslose 2010? Das erscheint realistisch.

Zudem können wir kaum ahnen, wie hoch die Steuerausfälle bei Bund, Ländern und Gemeinden sein werden. Und wir wissen auch nicht, wie stark die Sozialversicherungsbeiträge steigen müssen, um die fehlenden Beiträge der Arbeitslosen zu kompensieren. Wie viele Unternehmen werden Insolvenz anmelden? Es gibt niemanden, der eine Pro-

gnose wagt, wann das Geschäft mit Unternehmenskrediten wieder normal läuft. „Auf Sicht entscheiden“ ist nur eine Metapher der Politik: für Hilflosigkeit.

## Es wird auch Gesunde treffen

Krisen haben zuallererst etwas Zerstörerisches, sie machen Tabula rasa mit alten Strukturen, und nicht nur mit kranken Strukturen. Auch gesunde und gut geführte Unternehmen werden Probleme bekommen. Manche, weil sie zur falschen Zeit neue Finanzierungen verhandeln müssen. Manche, weil sie in einer engen Lieferbeziehung mit einem Großunternehmen sind, das Probleme hat. Manche, weil ihr Markt zusammengebrochen ist. Diese Unternehmen werden sich der Zerstörungskraft der Krise nicht entziehen können, von den Chancen, die in einem solchen Zusammenbruch liegen können, werden sie kaum profitieren.

Was aber in guten Jahren nie gelingt, das geht in schlechten Zeiten: das Infrastrukturregeln der bisherigen Verhaltensweisen. Und hier sehen wir echte Hoffnungsschimmer: Die Gewerkschaften sind gesprächsbereit, was Arbeitszeiten und Konditionen angeht. Die Arbeitgeber sind beweglich geworden, wenn es um die Kernmannschaft geht. Sie haben gelernt, dass sie ihre Stammbesetzung nach Möglichkeit halten sollten – sonst werden sie im nächsten Aufschwung Probleme haben, die nötigen Fachkräfte zu gewinnen. Ob bei DaimlerChrysler, bei Opel oder in den vielen großen und kleinen Unternehmen im Maschinenbau: Es ist viel in Bewegung gekommen in sehr



Dr. Ursula Weidenfeld war von Mai 2008 bis Januar 2009 Chefredakteurin der G+J-Zeitschrift *impulse*.

Neben ihrer publizistischen Tätigkeit arbeitet Weidenfeld freiberuflich als Moderatorin und Kommentatorin bei verschiedenen Fernseh- und Hörfunksendern. 2007 wurde sie mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet, in dessen Jury sie im folgenden Jahr selbst berufen wurde.

kurzer Zeit. Zum ersten Mal seit den achtziger Jahren erkennen Lieferanten, Zulieferer, Händler und Kernindustriebetriebe, dass sie besser überleben, wenn sie es gemeinsam angehen. Gerade in der besonders geschüttelten Autoindustrie hat man den Eindruck, dass das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit nun auch in das Nachdenken über eine gemeinsame Überlebensstrategie münden kann.

In der Rezession wird der Preis für Unternehmertum sinken. Wo Kapazitäten abgebaut, Mitarbeiter entlassen, und Büros geräumt werden, sinken die Preise für Mieten und Löhne. Das ist volkswirtschaftlich ein schwieriger Prozess, weil er die Gefahr deflationärer Tendenzen birgt. Aber es ist auch eine Chance, die vor allem die neuen Unternehmen nutzen können. Sie werden zu wettbewerbsfähigeren Konditionen antreten, wenn die konjunkturelle Wende in Sicht ist.

Greift der Staat in dieses Geschehen ein, verhindert er nicht nur an der ein oder anderen Stelle den Zusammenbruch eines Unternehmens. Er verzögert den Wandel und behindert dann auch die Kräfte im Aufschwung. Auch wenn die Versuchung groß ist: Der Staat und seine Banken können kaum urteilen, wer unschuldig und wer schuldig an seiner eigenen Lage ist. Der Staat muss als letzte Instanz dafür sorgen, dass der Wirtschaftskreislauf intakt bleibt. Die Rettung der Banken war eine solche letztinstanzliche Aktion, die Rettung von Opel dagegen wäre keine. Vor allem aber muss der Staat jetzt einen vernünftigen Rahmen schaffen, damit die Kräfte des Aufschwungs sich schnell und wirksam entfalten können, wenn die konjunkturelle Wende erkennbar wird. *Ursula Weidenfeld*

## IHK-Servicepaket für schwierige Zeiten

### Kurzarbeit

Mit Kurzarbeitergeld steht Unternehmen ein Instrument zur Verfügung, mit dem sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bei kurzfristigem Arbeitsausfall an ihrer Stammbesetzung festhalten und Entlassungen vermeiden können.

Ansprechpartner:

Dirk Vohwinkel, Tel. 0231 5417-282,  
Susanne Schmidt, Tel. 0231 5417-414

### Personalstrategien in der Krise

Die IHK bietet gemeinsam mit den regionalen Agenturen für Arbeit sowie privaten Arbeitsvermittlern Veranstaltungen zum Thema „Personalstrategien in der Krise“ an.

Ansprechpartner:

Elmar Koch, Tel. 0231 5417-420,  
Susanne Schmidt, Tel. 0231 5417-414

### Qualifizierung

Die IHK bietet ein breites Angebot an Lehrgängen, Seminaren und Inhouse-Schulungen, z. B. zur Qualifizierung während der Kurzarbeit.

Ansprechpartner:

Elmar Koch, Tel. 0231 5417-420,  
Dirk Vohwinkel, Tel. 0231 5417-282

### Finanzierung und „Runder Tisch“ der KfW

IHK, Handwerkskammer und die KfW Mittelstandsbank haben mit dem „Runden Tisch“ ein Instrument zur Krisenbewältigung eingerichtet. Unternehmen erhalten Informationen und Beratungen zu den Konjunkturpaketen von Bund und Land.

Ansprechpartner:

Ulrich Weber, Tel. 0231 5417-259,  
Arnold Kaluza, Tel. 0231 5417-233,  
Katharina Borucki, Tel. 0231 5417-156,  
Hans-Jörg Banack, Tel. 02381 92141-14 (Hamm)

### Bürgschaften

Bürgschaftsfähige Finanzierungsprojekte sind beispielsweise Gründungs-, Projekt- und Nachfolgefinanzierungen, Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Auffanglösungen, Restrukturierungen und Sanierungen.

Ansprechpartner:

Ulrich Weber, Tel. 0231 5417-259,  
Arnold Kaluza, Tel. 0231 5417-233,  
Katharina Borucki, Tel. 0231 5417-156,  
Hans-Jörg Banack, Tel. 02381 92141-14 (Hamm)

### Senior-Experten

Ehemalige Selbständige oder führende Mitarbeiter aus der Wirtschaft des IHK-Bezirks unterstützen als Senior-Experten bei betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.

Ansprechpartner:

Ulrich Weber, Tel. 0231 5417-259,  
Arnold Kaluza, Tel. 0231 5417-233

### Internationales

Unternehmen erhalten Informationen und Beratung zu sämtlichen Fragen der Auslandsmarkterschließung, der Exportfinanzierung sowie zur fachlichen Abwicklung und Absicherung von Auslandsgeschäften.

Ansprechpartner:

Roland Kussel, Tel. 0231 5417-249,  
Wulf-Christian Ehrich, Tel. 0231 5417-246

### Öffentliche Aufträge

Das öffentliche Auftragswesen umfasst die Vergabe von Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsaufträgen durch öffentliche Auftraggeber. Die IHK informiert über Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Aufträgen.

Ansprechpartner:

Torsten Mack, Tel. 0231 5417-0

# Driftmann neuer DIHK-Präsident



**Hans Heinrich Driftmann ist neuer Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Die Vollversammlung wählte den Präsidenten der IHK zu Kiel und bisherigen DIHK-Vizepräsidenten am 26. März in Berlin mit überwältigender Mehrheit zum Nachfolger von Ludwig Georg Braun.**

Braun, der Driftmann vorgeschlagen hatte, hört nach acht Jahren an der Spitze des DIHK satzungsgemäß auf. Diese sieht maximal zwei vierjährige Amtsperioden vor.

Driftmann (61), Vater von vier Töchtern, ist seit 1990 persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Kölln KGaA in Elmshorn. Er kündigte nach seiner Wahl an, seine Ämter in anderen Wirtschaftsverbänden aufzuge-

ben, um sich ganz der neuen Aufgabe an der Spitze der IHK-Organisation zu widmen.

Driftmann dankte seinem Vorgänger, der von der Vollversammlung für seine Verdienste zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde, für die „außerordentlich nachhaltige“ Arbeit in den vergangenen Jahren. Braun habe bei einer ganzen Reihe wichtiger Themen, wie dem Ausbildungspakt oder auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt erreicht. Driftmann, langjähriger Vorsitzender des DIHK-Bildungsausschusses, betonte, er werde daran anknüpfen: „Der Ausbildungspakt ist in der Krise mindestens so aktuell wie am ersten Tag. Er steht vor seiner vielleicht größten Herausforderung. Aber ich bin

zuversichtlich, dass wir es gemeinsam auch in diesem wirtschaftlich schwierigen Jahr schaffen können, allen ausbildungswilligen und -fähigen Schulabgängern ein Ausbildungsangebot zu machen.“ Zur Überwindung der Krise sei es unerlässlich auf Bildung – und zwar neben der Erstausbildung gerade auch auf die Weiterbildung – zu setzen.

Driftmann bot der Politik Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Krise an. Er warnte aber davor, der Versuchung zu erliegen, einzelne Unternehmen der Realwirtschaft durch eine staatliche Beteiligung retten zu wollen. Das verzerre den Wettbewerb und ginge zudem fast immer schief – wie das Beispiel Holzmann zeige. Wichtiger sei es, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder ernsthaft zur Anwendung kommen zu lassen. Und dazu zähle gerade die individuelle Haftung und Verantwortung. „Das ist in Wirtschaft und Politik in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen.“

## Vier neue Vize-Präsidenten

Die Vollversammlung des DIHK hat die Unternehmer und IHK-Präsidenten Paul Bauwens-Adenauer, Alfred Clouth, Frank Horch und Klaus Olbricht zu neuen DIHK-Vizepräsidenten gewählt.

Paul Bauwens-Adenauer, Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co.KG in Köln, ist seit 2005 Präsident der IHK zu Köln.

Alfred Clouth ist Geschäftsführer der Alfred Clouth Lackfabrik GmbH & Co. KG in Offenbach am Main und seit Dezember 2007 Präsident der IHK Offenbach.

Frank Horch ist Präses der Handelskammer Hamburg und Geschäftsführer der Blohm + Voss International GmbH in Hamburg.

Klaus Olbricht ist Präsident der IHK Magdeburg und Geschäftsführer der Elektromotoren und Gerätebau Barleben GmbH in Barleben.

# Acht Jahre erfolgreicher Einsatz an der DIHK-Spitze

**Nach acht Jahren erfolgreicher Amtszeit legte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, satzungsbedingt sein Amt nieder. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben blickt auf die Präsidentschaft zurück.**

„Das Jahrhundert der Frau - Die ungewöhnlichen Ansichten des neuen DIHK-Chefs Ludwig Georg Braun“, schrieb die Berliner Morgenpost am 15. Februar 2001. Lange vor anderen in der Wirtschafts- und Verbandswelt brachte er die Themen Familie und Beruf, Kinderbetreuung und frühkindliche Förderung auf die Agenda. Heute, acht Jahre später, sind die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung von Innovation und Forschung und die Forderung nach einer besseren Bildungspolitik fester Bestandteil politischer Arbeit aller demokratischen Parteien. Das sind nur einige der großen Verdienste, die Ludwig Georg Braun sich in seiner DIHK-Präsidentschaft erworben hat.

## Vater des Ausbildungspaktes

„Welchen Beitrag leisten wir für zusätzliche Ausbildungsplätze?“ Mit diesem Satz wurde Braun der Vater Ausbildungspaktes. Gegen alle Skepsis unterzeichnete er mit den damaligen Bundesministern Wolfgang Clement und Edelgard Bulmahn im Jahr 2004 die Übereinkunft zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Der Erfolg ist beispielhaft: Seit Beginn des Paktes konnte die Zahl der Neuverträge um etwa 20 Prozent gesteigert werden.

Mit unermüdlichem Einsatz hat Braun auch für eine Reform der Erbschaftsbesteuerung gekämpft. Selbst wenn Koalitionszwänge das zum Jahresende 2008 gefundene Kompromissergebnis erkenn-

bar prägen, hat der DIHK-Präsident doch eine wesentlich schädlichere Lösung mit verhindern können. Gestritten hatte er für eine einfache Steuer mit niedrigem Satz und wenigen Ausnahmen.

## Glaubwürdiger Familienunternehmer

Nicht nur auf die Politik warten, sondern bei sich selber anfangen, lebte Braun als Chef eines international tätigen Unternehmens, der B. Braun Melsungen AG, vor. Er verkörpert im besonderen Maße den „ehrbaren Kaufmann“. Als global agierender Unternehmer ist er dennoch dem Standort Deutschland treu. Sein Einsatz für bessere Rahmenbedingungen und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schlägt sich auch in seinen Unternehmen nieder: Seine an den verschiedenen Standorten geschlossenen Zukunftssicherungsverträge beweisen Kreativität trotz tariflicher Zwänge. Gleichzeitig bietet die B. Braun Melsungen AG seinen Beschäftigten Lösungen für verschiedene Lebenssituationen. Zum Beispiel ermöglicht das Angebot der Familienteilzeit, Berufstätigkeit und familiäre Aufgaben miteinander in Einklang zu bringen.

## Internationaler Einsatz

In seiner Funktion als DIHK-Präsident hat sich Braun besondere Verdienste durch seinen großen Einsatz für die europäische Integration, für eine innovationsfreundliche Rechtsetzung auf europäischer Ebene sowie für die Förderung effizienter Energienutzung erworben. Dem überzeugten Europäer Braun war es ein besonderes Anliegen, die Schlagkraft der IHK-Organisation in Brüssel zu erhöhen - zugunsten der deutschen Unternehmen.



Ludwig Georg Braun.

Darüber hinaus hat Braun die internen Veränderungsprozesse des DIHK mit gestaltet: Mit dem vom ihm vorangetriebenen Beschluss, das kaufmännische Rechnungswesen einzuführen, wurde eine entscheidende Grundlage für die Gesundung und Konsolidierung der DIHK-Finanzen gelegt.

Ludwig Georg Braun war in den letzten acht Jahren gefragter Gesprächspartner von Politik, Verbandsvertretern und Gewerkschaftern. Seine Integrität sowie sein Wille, zu pragmatischen Lösungen zu gelangen, haben dabei die Gespräche geprägt. In Interviews wählt Braun gern klare Worte. So wundert es nicht, dass die Berliner Morgenpost schreibt: „Dieser Mann wird niemals in Sabine Christiansens Talksendung auftreten. Denn dem neuen DIHK-Präsidenten Ludwig Georg Braun ist der Sonntag heilig.“ Daran vermochte auch Anne Will bis heute nichts zu ändern.

# Wege aus dem Abschwung

Während sich der weltweite Abschwung verschärft, streiten sich die wichtigsten Industrieländer über den richtigen Weg zur Wiederbelebung der Konjunktur. Die Ruhrwirtschaft sprach mit Prof. Dr. Wolfram F. Richter, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und Inhaber des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre (Öffentliche Finanzen) an der Technischen Universität (TU) Dortmund.

*Ruhrwirtschaft: Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten wird die globale Wirtschaftsleistung in diesem Jahr schrumpfen. Mit Milliarden schweren Konjunkturpaketen halten die großen Wirtschaftsnationen dagegen. Ist das der richtige Weg?*

Prof. Richter: Die Konjunktursteuerung mit kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen und Steuersenkungen ist und bleibt unter Ökonomen umstritten. Sie fand aber selten weniger Widerspruch als in diesen Tagen, in denen wir den stärksten Einbruch der Wirtschaftstätigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg erleben.

*Ruhrwirtschaft: Sind die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II erfolgversprechend oder hätten Sie andere Prioritäten gesetzt?*

Prof. Richter: Ein politisch denkender Mensch muss wissen, dass ein Konjunkturpaket in seinen Bestandteilen das Ergebnis einer Kompromissuche ist. Als Ökonom finde ich vor allem die Entlastungen beim Einkommensteuertarif und die Abwrackprämie problematisch. Dabei ist mir klar, dass gerade diese Maßnahmen besonders populär sind. Die Abwrackprämie fördert aber die Verschwendung von Ressourcen, und die Entlastungen beim Einkommensteuertarif beurteile ich als eine relativ teure und wenig treffsichere Maßnahme der Nachfragebelebung.

*Ruhrwirtschaft: Deutschland wird in diesem Jahr nach Schätzung des IWF rund 1,5 Prozent des BIP zur Stützung der Konjunktur ausgeben. Im nächsten Jahr sollen es sogar 2 Prozent werden. Ist dies zu viel oder hätten Sie sich sogar mehr gewünscht?*

Prof. Richter: Ich muss gestehen, dass mich mittlerweile weniger die Frage beschäftigt, ob noch mehr für die Konjunktur getan werden sollte, als vielmehr die Frage, wie wir zu einer soliden öffentlichen Haushaltswirtschaft zurückkehren können.

*Ruhrwirtschaft: Über die Banken wird ein milliardenschwerer Schutzschirm gespannt. Das Argument heißt immer, sie sind „systemisch“. Teilen Sie diese Auffassung?*

Prof. Richter: Der Begriff der systemischen Bedeutung ist schwer zu operationalisieren. Es fehlen klare und überprüfbare Kriterien. Unternehmen der Realwirtschaft wie Opel sind sicherlich nicht systemisch, und Unternehmen der Finanzwirtschaft sind es eher. Aber wo verläuft die Grenze? Wir meinen heute zu wissen, dass Lehman Brothers systemische Bedeutung hatte. Aber wie steht es mit den Landesbanken? Und wie steht es um die systemische Bedeutung von Ländern der Eurozone? Wie ist es zu beurteilen, dass Länder wie Griechenland Kredite nur noch zu Zinsen erhalten, die

drei Prozentpunkte über den Zinsen Deutschlands liegen? Unterstreicht diese Entwicklung den Erfolg des Vertrages von Maastricht, nach dem jedes Land eigenverantwortlich handeln muss und bei Überschuldung nicht auf den Beistand („bail out“) anderer Länder setzen kann? Oder deutet sich hier die Notwendigkeit an, dass Deutschland Ländern wie Griechenland, Irland und Österreich zur Hilfe eilen muss, um Gefahren für die Stabilität Europas abzuwehren? Und welche Bedingungen wird Deutschland an solche Hilfen knüpfen dürfen? Das alles sind schwierige Fragen.

*Ruhrwirtschaft: Passt das speziell für die HRE konzipierte Verstaatlichungsgesetz in unser System der Sozialen Marktwirtschaft?*

Prof. Richter: Ich warne davor, die Frage der Verstaatlichung als eine der Prinzipientreue zu diskutieren. Die Grundfesten der sozialen Marktwirtschaft sehe ich weniger durch die Verstaatlichung einzelner Banken gefährdet als durch eine Politik, die Aktionäre mit milliardenschweren Programmen auf Kosten des Steuerzahlers vor Haftungsfolgen schützt.

*Ruhrwirtschaft: Warum werden Abschreibungserleichterungen als Konjunktur stabilisierende Maßnahmen nicht intensiver diskutiert?*



Prof. Dr. Wolfram F. Richter. Foto: TU Dortmund

Prof. Richter: Abschreibungserleichterungen sind Maßnahmen, die die Kosten von Investitionen senken. Im Zentrum der Diskussion stehen weniger solche angebotsorientierten Maßnahmen, als vielmehr Maßnahmen, die unmittelbar die Nachfrage stärken.

*Ruhrwirtschaft: Welches sind die Schlüsselindustrien, auf die wir achten sollten?*

Prof. Richter: Der Begriff der Schlüsselindustrien lässt sich noch weniger präzise greifen als der Begriff der systemischen Bedeutung. Die Erfahrungen, die Deutschland mit staatlicher Investitionslenkung gemacht hat, sind nicht so ermutigend, als dass man die Politik ermutigen sollte, Schlüsselindustrien zu identifizieren und bevorzugt zu fördern.

*Ruhrwirtschaft: Wenn die Nachfrage weltweit einbricht, wie sollten dann die Staaten einspringen?*

Prof. Richter: Die Nachfrage ist bereits weltweit eingebrochen, und wir müssen acht geben, dass wir nicht viel Geld in Strohfeuern verbrennen.

Ich wünsche mir weniger Aktivismus und mehr Besonnenheit gerade in einem Wahljahr. Wir sehen ja bereits bei der Abwrackprämie, wie das Konjunkturargument sehr schnell für wahlpolitische Ziele missbraucht werden kann.

*Ruhrwirtschaft: Wie sollten sich kleine und mittelständische Unternehmen in der jetzigen Situation verhalten?*

Prof. Richter: Als beamteter Hochschullehrer maße ich mir nicht an, selbständigen Unternehmern konkrete Verhaltensratschläge zu erteilen. Ich kann lediglich die Hoffnung ausdrücken, dass kleine und mittelständische Unternehmen von dem dramatischen Einbruch der Exporte weniger betroffen sein werden, weil sie in der Regel stärker binnenmarktorientiert sind.

*Ruhrwirtschaft: Welche Lehren müssen wir aus der Krise ziehen?*

Prof. Richter: Wir brauchen nicht unbedingt mehr Staat aber einen stärker ordnenden Staat. Die Eigenkapitalregulierung der Banken („Basel II“) muss gründlich überdacht werden. Zwei große Mängel hat die Krise aufgedeckt. Der eine Mangel ist der, dass das Regelwerk nach Basel II Krisen verschärfend wirkt. Der andere Mangel besteht darin, dass weite Bereiche der Finanzwirtschaft von der Regulierung gar nicht erfasst werden.

*Ruhrwirtschaft: Herr Professor Richter, vielen Dank für das Gespräch.*

## Mitarbeiter ohne Kündigung von der PayRoll

Sofortige Personalkosten-Reduzierung mit öffentlichen Fördermitteln



**Verschaffen Sie sich Ihren Vorsprung im Wettlauf um die begrenzten öffentlichen Fördermittel.**

Mit x-fach bewährtem Prozess-Know-how schnell zu WeGebAU, ESF etc.

**avitea**  
work and more

avitea GmbH work and more  
Erwiter Straße 105  
59557 Lippstadt  
Telefon 02941 270132

**Jetzt informieren unter  
[www.avitea.de](http://www.avitea.de)**